

Auf in den "Blauen Pazifik": Warum die EU den Inselnationen im Pazifik bei klimabedingter und maritimer Sicherheit helfen sollte

Suh, Elisabeth; Gers, Hanna

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Suh, E., & Gers, H. (2023). *Auf in den "Blauen Pazifik": Warum die EU den Inselnationen im Pazifik bei klimabedingter und maritimer Sicherheit helfen sollte.* (DGAP Policy Brief, 4). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86642-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Auf in den „Blauen Pazifik“

Warum die EU den Inselnationen im Pazifik bei klimabedingter und maritimer Sicherheit helfen sollte



Elisabeth I-Mi Suh
Research Fellow, Zentrum für
Sicherheit und Verteidigung



Hanna Gers
Student Assistant, Zentrum für
Sicherheit und Verteidigung

Der „Blaue Pazifik“ ist eine riesige Region im Südpazifik, die sich über 30 Millionen Quadratkilometer erstreckt und 14 Nationen umfasst. Insgesamt drei Millionen Einwohner leben auf Tausenden von Inseln, die akut vom Klimawandel bedroht sind – eine Herausforderung, die durch die geopolitische Konkurrenz der Großmächte noch erschwert wird. Die Europäische Union kann dieser Region durch den Aufbau von Kapazitäten zur Klimaanpassung, zur Verbesserung der maritimen Sicherheit und zur engeren regionalen Zusammenarbeit helfen. Dies deckt sich mit europäischen strategischen Interessen, zu denen auch gehört, sich als vertrauenswürdige auswärtige Macht zu etablieren.

-
- Der Blaue Pazifik ist ein Brennpunkt des geopolitischen Wettbewerbs. Was hier geschieht, hat Auswirkungen auf Frieden und Stabilität der gesamten pazifischen Region und darüber hinaus.

 - Der Klimawandel ist die größte Bedrohung für die Inselstaaten. Die EU sollte Projekte zur Klimaanpassung fördern, die Wissenstransfer von und nach Europa ermöglichen.

 - Die Länder des Blauen Pazifiks verfügen über zu wenig Kapazitäten zur Überwachung und Durchsetzung der maritimen Sicherheit. Mit Hilfe zum Kapazitätsaufbau kann die EU Schmuggel verhindern und zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen beitragen.
-

EINE UMWORBENE REGION

Der Name „Blauer Pazifik“ beschreibt eine Gruppe von Inselstaaten im Südpazifik, die sich über ein großes Seegebiet im Dreieck zwischen China, Australien und den Vereinigten Staaten erstrecken. Washington und Peking ringen im Blauen Pazifik um Einfluss, und das aus guten Gründen: Die Region ist von erheblicher strategischer Bedeutung und verfügt über große Vorkommen von natürlichen Ressourcen. Hinzu kommt, dass die Großmächte die Inselstaaten für politisch beeinflussbar halten.

Die Vereinigten Staaten unterhalten Militärstützpunkte im US-Territorium Guam und dem US-Bundesstaat Hawaii. Ein weiterer Stützpunkt soll in den Föderierten Staaten von Mikronesien errichtet werden; in Palau ist ein Überhorizontradar geplant.¹ Zudem steht die Erneuerung der Assoziierungsabkommen mit drei Inselstaaten an.² Unter anderem mit den Ländern der Initiative „Partners of the Blue Pacific“ soll die Zusammenarbeit vertieft werden.³ Eine Reihe weiterer hochrangiger Treffen sowie neuer Partnerschafts- und Investitionsabkommen im Verlauf des Jahres sind als direkte Reaktion auf den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss Chinas in der Region zu verstehen.⁴ Washington befürchtet auch, dass Peking schrittweise eine militärische Präsenz aufbaut. Das Sicherheitsabkommen, das China im April 2022 mit den Salomonen abschloss, hat diese Befürchtungen noch verstärkt.⁵ Wichtige Routen für die Handels-schifffahrt, die wirtschaftliche Versorgung und den

militärischen Nachschub führen durch den Blauen Pazifik. Wenn es im westlichen Pazifik, beispielsweise in der Straße von Taiwan, zu einem Zwischenfall käme, wäre die US-Marine darauf angewiesen, den Blauen Pazifik durchqueren zu können.

Parallel dazu wetteifern die Großmächte um die Ressourcen der Region: Die Inseln des Blauen Pazifiks verfügen über riesige ausschließliche Wirtschaftszonen (AWZ), die reich sind an natürlichen Ressourcen wie Fisch, aber auch Nickel, Kupfer und Kobalt.⁶ Zugleich gilt, dass sich mit wirtschaftlichen Investitionen und Entwicklungsprojekten auch politische Unterstützung erkaufen lässt: Von den sechs Inselstaaten, die ursprünglich diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhielten, sind nur noch vier übrig. Die Salomonen und Kiribati nahmen 2019 stattdessen Beziehungen zu China auf.

WAS HAT DAS MIT EUROPA ZU TUN?

Zumindest auf dem Papier beansprucht die EU eine eigenständige Rolle im Blauen Pazifik. Brüssel hat eine Strategie für den Indopazifik formuliert, in der die Bedeutung der französischen Überseegebiete hervorgehoben wird, zumal die französischen Territorien im Blauen Pazifik AWZs von rund sieben Millionen Quadratkilometern umfassen.⁷ Die EU und einzelne europäische Staaten unterhalten diplomatische Vertretungen und verfolgen wirtschaftliche und politische Interessen in der Region. Für die pazifischen

- 1 Siehe Mar-Vic Cagurangan, „US, FSM reach consensus on a plan to build military base in Micronesia“, Pacific Island Times, 28. Juli 2021: <https://www.pacificislandtimes.com/post/us-fsm-agree-on-a-plan-to-build-military-base-in-micronesia>, zuletzt abgerufen am 6. Februar 2023; US Department of Defense, „Contracts for Dec. 28, 2022“, <https://www.defense.gov/News/Contracts/Contract/Article/3255710>, zuletzt abgerufen am 6. Februar 2022.
- 2 Die Marshallinseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien und Palau sind mit den USA durch Compacts of Free Association verbunden. Diese Verträge enthalten Vereinbarungen über die nationale Verteidigung und finanzielle Unterstützung. Da sie 2023 und 2024 auslaufen werden, stehen Verhandlungen zur Verlängerung der Verträge an. Zudem haben die USA kürzlich eine diplomatische Vertretung auf den Salomonen eröffnet und Pläne für Vertretungen auf Kiribati und Tonga angekündigt.
- 3 Die Initiative Partners of the Blue Pacific bringt Australien, Japan, Neuseeland, Großbritannien und die USA trotz erheblicher Politikunterschiede zusammen. Neben dem Quadrilateralen Dialog zwischen Australien, Indien, Japan und den USA und der AUKUS-Vereinbarung zwischen Australien, Großbritannien und den USA ist dies das dritte Beispiel für die Bildung einer Koalition von Staaten gegen den wachsenden Einfluss Chinas im Pazifikraum. Siehe: Weißes Haus, „Eine neue Initiative für eine effektivere und effizientere Zusammenarbeit zur Unterstützung der Prioritäten der pazifischen Inseln“ (Juni 2022): <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/06/24/statement-by-australia-japan-new-zealand-the-united-kingdom-and-the-united-states-on-the-establishment-of-the-partners-in-the-blue-pacific-pbp>, zuletzt abgerufen am 25. Januar 2023.
- 4 China hat im Rahmen seiner 2013 gestarteten Initiative für die Maritime Seidenstraße mehrere Infrastrukturprojekte in der Region abgeschlossen, ist zu einem der wichtigsten Geberländer in der Region geworden und hat seine bilateralen Beziehungen ausgebaut; siehe: Michael J. Green, „China’s Maritime Silk Road: Strategic and Economic Implications for the Indo-Pacific Region“, CSIS Report, Center for Strategic & International Studies (April 2018), S. 1: <https://www.csis.org/analysis/chinas-maritime-silk-road>, zuletzt abgerufen am 2. November 2022.
- 5 Zongyuan Zoe Liu, „What the China-Solomon Islands Pact Means for the U.S. and South Pacific“, Council on Foreign Relations (May 2022): <https://www.cfr.org/in-brief/china-solomon-islands-security-pact-us-south-pacific>, zuletzt abgerufen am 1. November 2022.
- 6 Auch wenn die juristische Zuständigkeit für den Tiefseebergbau und dessen Umweltfolgen noch relativ unklar ist, haben Investoren und internationale Bergbauunternehmen doch schon ein Auge auf die Bodenschätze am pazifischen Meeresboden geworfen. Beispielsweise sollen 10 bis 30 Prozent der weltweiten Nickelbestände im französischen Territorium Neukaledonien liegen: Joshua McDonald, „Pacific Island Nations Consider Deep-sea Mining, Despite Risks“, The Diplomat, 18. Juni 2021, <https://thediplomat.com/2021/06/pacific-island-nations-consider-deep-sea-mining-despite-risks>, zuletzt abgerufen am 25. Januar 2023.
- 7 EU External Action Service, The EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific, (September 2021): https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/jointcommunication_2021_24_1_en.pdf, zuletzt abgerufen am 18. Oktober 2022. Frankreich, Deutschland und die Niederlande hatten bereits vor der Vorlage der EU-Strategie nationale Dokumente zur strategischen Planung ihres Engagements im indo-pazifischen Raum veröffentlicht.

Inselstaaten (PICs) sind die EU-Wirtschaftshilfe und die Handelsbeziehungen zu Europa wichtig.⁸

Was im Blauen Pazifik passiert, wirkt sich weit jenseits der Region aus. Vielfältige Auswirkungen könnten die Stabilität pazifischer Räume bis hin nach Australien, Neuseeland, Ostasien und Südostasien gefährden. Aber auch für Europas Handelswege und Lieferketten und damit seinen wirtschaftlichen Wohlstand drohen Konsequenzen. Sollte es im Blauen Pazifik zu militärischen Scharmützeln kommen, könnte dies auch die französischen Territorien betreffen, was die EU zu einer Reaktion zwingen würde.

Ohnehin sind die europäischen Regierungen in die Probleme der PICs involviert. In den politischen Debatten spielt die historische Verantwortung Europas für Kolonialismus und andere Formen der Ausbeutung eine große Rolle; diese nährt auch den Wunsch nach Unabhängigkeit in den französischen Überseegebieten. Hinzu kommt das Gefühl von Ungerechtigkeit, was die Folgen des Klimawandels betrifft: Die PICs sind unverhältnismäßig stark vom Klimawandel betroffen, obwohl sie weniger als 0,03 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verursachen. Schließlich gibt es Forderungen nach Unterstützung und Entschädigung der Opfer der französischen Atomtests in der Region. In Anbetracht der bilateralen postkolonialen Verwicklungen ist die EU offenkundig besser geeignet als einzelne Mitgliedstaaten, um sich in der blau-pazifischen Region zu engagieren.

EIN FOKUS AUF DEN BLAUEN PAZIFIK

Es gibt auch einen positiven Grund für Europa, dem Blauen Pazifik mehr Aufmerksamkeit zu widmen: Mit einem Engagement in der Region kann die EU ihre eigenen Stärken zum Tragen bringen. Die

Europäische Union ist immer dafür eingetreten, dass Länder dort, wo es um ihre gemeinsame Geografie geht, einvernehmliche politische Entscheidungen treffen. Der Begriff „Blauer Pazifik“⁹ spiegelt ein Verständnis von Geopolitik, wie sie die EU auf kreative Weise vorgezeichnet hat: eine Selbstbeschreibung der Region, mit der sie ihre Vernetzung und gemeinsamen Herausforderungen und Interessen betont.

Die Bezeichnung „Blauer Pazifik“ steht für Gemeinschaft inmitten großer Vielfalt. Es beschreibt ein riesiges Gebiet, das sich über 30 Millionen Quadratkilometer¹⁰ und Tausende von kleinen Inseln erstreckt. Seine drei Millionen Einwohner leben verstreut auf 14 Nationen, die unterschiedliche Kulturen, Sprachen und politische Ansätze haben – und doch durch den Ozean verbunden sind. Über eine gemeinsame Institution verfügt die Region bereits: das Pacific Islands Forum (PIF), das in enger Zusammenarbeit die einzige Chance sieht, den verheerenden Folgen des Klimawandels und der geopolitischen Konkurrenz zu begegnen.

Denn alle Inselstaaten im Blauen Pazifik stehen vor einem Problem von globalem Ausmaß, das in seinen Folgen für sie alles überlagert: dem Klimawandel. Der Ozean verbindet und ernährt sie, doch ist es auch der Ozean, der sie heute kollektiv und existenziell bedroht. Ihre niedrig gelegenen Atolle sind unverhältnismäßig stark betroffen.¹¹ Ihre Ökosysteme, die biologische Vielfalt, die Lebensgrundlagen, die Sicherheit der Nahrungsmittel- und Wasserversorgung sowie ihr wirtschaftlicher Wohlstand werden durch die Erwärmung der Gewässer und die vom Klimawandel ausgelösten Naturkatastrophen bedroht.¹² Besonders gravierend sind die Auswirkungen auf die Gesundheit und die Sicherheit von Frauen.¹³ Insgesamt stellen der Klimawandel und seine Folgen nicht nur die größte Sicherheitsbedrohung, sondern zugleich den größten Bedrohungsmultiplikator für die Länder des Blauen Pazifiks dar.¹⁴

8 Die EU ist der sechstgrößte Geber für den pazifischen Raum nach Australien, Japan, den USA, Neuseeland und China; siehe: Céline Pajon, „Two Shades of Blue: Europe and the Pacific Islands, Strategic Partners in the Indo-Pacific Era“, Briefings de L'Ifri, Institut Français des Relations Internationales (April 2022), S.6: <https://www.ifri.org/en/publications/briefings-de-lifri/two-shades-blue-europe-and-pacific-islands-strategic-partners-indo>, zuletzt abgerufen am 31. Oktober 2022.

9 Pacific Islands Forum Secretariat, 2050 Strategy for the Blue Pacific Continent (2022): <https://www.forumsec.org/wp-content/uploads/2022/08/PIFS-2050-Strategy-Blue-Pacific-Continent-WEB-5Aug2022.pdf>, zuletzt abgerufen am 1. November 2022.

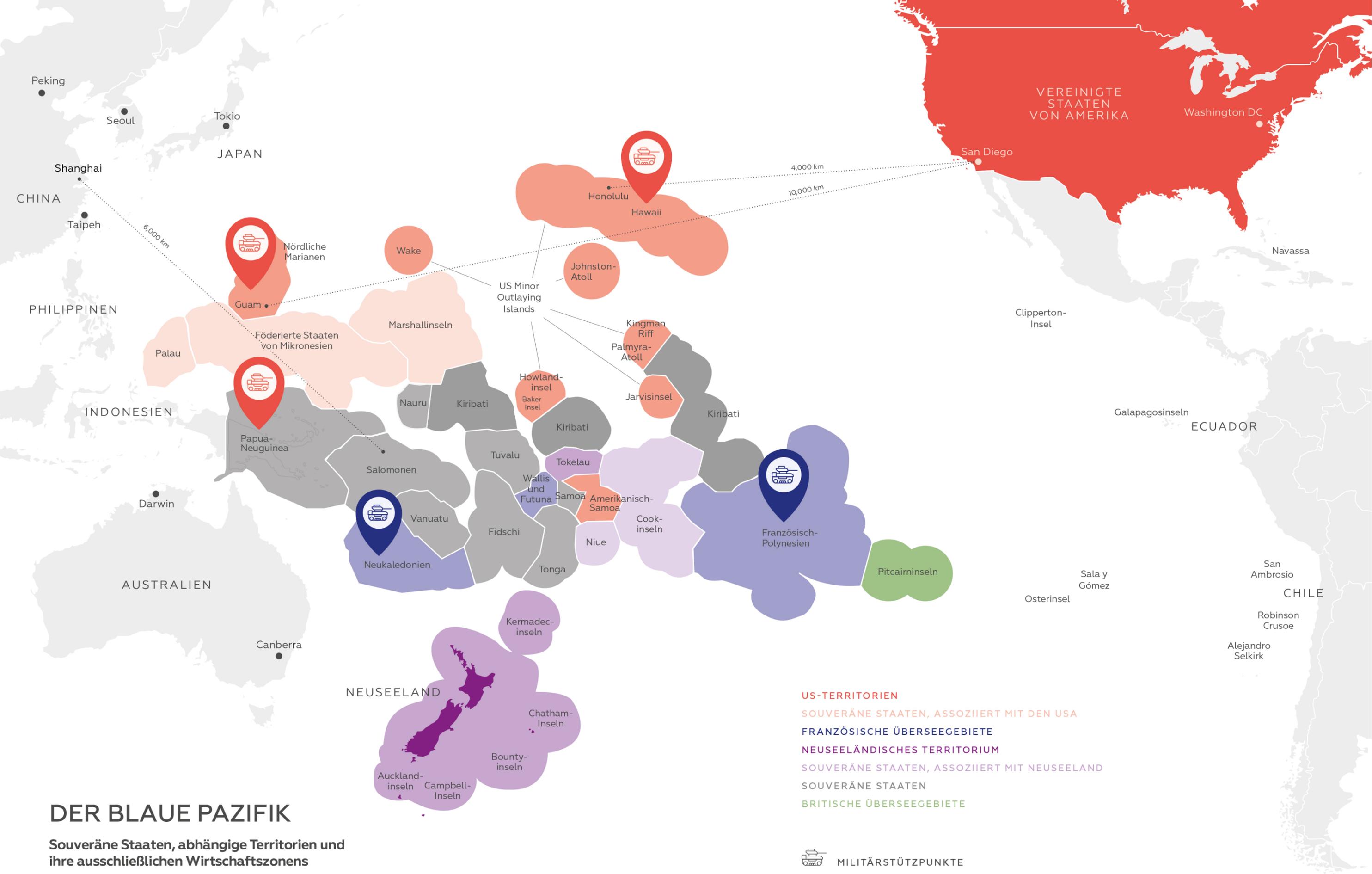
10 Ihre ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) umfassen zusammen 30 Millionen Quadratkilometer.

11 Roger Mclean, Paul Kench, „Destruction or persistence of coral atoll islands in the face of 20th and 21st century sea-level rise?“, Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change (Juli 2015), S. 459.

12 Auf den Blauen Pazifik entfällt ein Drittel des weltweiten Thunfischfangs, und Thunfisch ist eine bedrohte Ressource; siehe: Pacific Community, Pacific Island Countries and Territories adapting to Climate Change in Tuna Fisheries (Juni 2019): <https://www.spc.int/updates/blog/2019/06/pacific-island-countries-and-territories-adapting-to-climate-change-in-tuna>, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

13 UN Women Fiji (2014), Climate Change, Disasters and Gender-Based Violence in the Pacific. Fiji: United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women, <https://www.unclearn.org/wp-content/uploads/library/unwomen701.pdf>, zuletzt abgerufen am 9. November 2022

14 Pacific Islands Forum Secretariat, Boe Declaration on Regional Security (September 2018): <https://www.forumsec.org/2018/09/05/boe-declaration-on-regional-security/>, zuletzt abgerufen am 25. Januar 2023.



DER BLAUE PAZIFIK

Souveräne Staaten, abhängige Territorien und ihre ausschließlichen Wirtschaftszonen

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Maximilian Dörrbecker, Exclusive Economic Zones (EEZ) of the Pacific Ocean (Dezember 2022), https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a2/Map_of_the_Territorial_Waters_of_the_Pacific_Ocean.png, zuletzt abgerufen am 15. Februar 2023.

- US-TERRITORIEN
- SOVERÄNE STAATEN, ASSOZIIERT MIT DEN USA
- FRANZÖSISCHE ÜBERSEEGBIETE
- NEUSEELÄNDISCHES TERRITORIUM
- SOVERÄNE STAATEN, ASSOZIIERT MIT NEUSEELAND
- SOVERÄNE STAATEN
- BRITISCHE ÜBERSEEGBIETE

 MILITÄRSTÜTZPUNKTE

Wichtige Verträge, Partnerschaften und diplomatische Besuche 2013–2023

2013

China startet die Initiative „Maritime Seidenstraße“

2016

Japan verkündet seine „Free and Open Indo-Pacific Strategy“

2017

Australien stellt „Pacific Step-Up“ vor

2018

Neuseeland kündigt „Pacific Reset“ an

Ein zweites großes Thema, das den gesamten Blauen Pazifik betrifft, ist der geopolitische Wettbewerb – nicht zuletzt, weil er die Staaten daran hindert, das erste Problem anzugehen. Insbesondere Australien und die USA umwerben die PICs mit wirtschaftlichen und politischen Vereinbarungen, um sich Einfluss und Unterstützung gegen China zu erkaufen, das in gleicher Manier antwortet. Die Länder des Blauen Pazifiks fürchten aufgrund dieser strategischen Rivalitäten massiv unter Druck zu kommen und ausgebeutet zu werden, ähnlich wie schon im 20. Jahrhundert. Der Ständige Vertreter von Fidschi bei den Vereinten Nationen in New York beschrieb die gemeinsame Einschätzung mit den folgenden Worten: „Im geopolitischen Wettstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China ist es der Klimawandel, der gewinnt.“¹⁵

Die Staaten des Blauen Pazifik geben der Eindämmung des Klimawandels und der geopolitischen Rivalität Vorrang – und dies deckt sich mit den europäischen Interessen. Allerdings ist es der EU bisher nicht gelungen, aus ihrem Engagement zum Aufbau von Kapazitäten in der Region hinreichend eigenen Nutzen zu ziehen.

KLIMASICHERHEIT

Im Juli 2022 riefen die Staats- und Regierungschefs des Blauen Pazifiks den Klimanotstand aus¹⁶ und forderten Unterstützung für die Bemühungen der Region, sich dem Klimawandel anzupassen, seine Folgen abzumildern und das Risiko von Katastrophen zu verringern.¹⁷ Erforderlich sei zudem ein Perspektivwechsel, um die PICs nicht nur als Opfer des Klimawandels, sondern auch als Quellen von Wissen und als Orte der Forschung zu begreifen.¹⁸ Tatsächlich ist der Blaue Pazifik bereits als Innovationszentrum beschrieben worden. Die Region hat eine Reihe von innovativen Anpassungsprojekten entwickelt,¹⁹ allerdings fehlt es vielfach an den für die Umsetzung erforderlichen finanziellen, technischen und personellen Kapazitäten.

Um einige dieser Defizite zu beheben, hat die EU im November 2021 die EU-Pacific Green-Blue Alliance ins Leben gerufen.²⁰ Für die Jahre 2021 bis 2027 sind Finanzhilfen von insgesamt 197 Millionen Euro vorgesehen. Zusätzlich stellt die EU auch Mittel für andere wichtige Klimaanpassungsprojekte bereit.²¹

15 Center for Strategic and International Studies, Building a Blue Pacific Agenda for the Twenty-First Century, 23. Juni 2022: <https://www.csis.org/analysis/building-blue-pacific-agenda-twenty-first-century>, zuletzt abgerufen am 25. Januar 2023.

16 Pacific Islands Forum Secretariat, Pacific Foreign Ministers declare a climate emergency, set priorities at FFMM 2022, (10. Juli 2022): <https://www.forumsec.org/2022/07/09/pacific-foreign-ministers-declare-a-climate-emergency-set-priorities-at-ffmm-2022>, zuletzt abgerufen am 2. November 2022.

17 Pacific Islands Forum Secretariat, 2050 Strategy, zuletzt abgerufen am 1. November 2022.

18 See Pajon, A Green-Blue Alliance in Motion, S. 2.

19 Elizabeth McLeod et al., „Lessons From the Pacific Islands – Adapting to Climate Change by Supporting Social and Ecological Resilience“, Frontiers Marine Sciences (Juni 2019), S. 1.

20 Siehe Céline Pajon, „A Green-Blue Alliance in Motion. Pacific Island Countries and Europe Fighting Climate Change“, Briefings de L’Ifri, Institut Français des Relations Internationales (Oktober 2022), S.4: <https://www.ifri.org/en/publications/briefings-de-lifri/green-blue-alliance-motion-pacific-island-countries-and-europe>, zuletzt abgerufen am 31. Oktober 2022.

21 Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme (SPREP), Pacific Ecosystem-Based Adaptation to Climate Change +, <https://www.sprep.org/project/pacific-ecosystem-based-adaptation-climate-change>, zuletzt abgerufen am 30. November 2022.

2019 2021 2022 Ausblick

Salomonen und Kiribati nehmen diplomatische Beziehungen zu China statt Taiwan auf

Großbritannien kündigt „Indo-Pacific Tilt“ an

USA und Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM) verkünden den Bau einer Militärbasis in Mikronesien

Die EU veröffentlicht ihre Strategie für die Zusammenarbeit mit dem Indo-Pazifik

Außenminister Antony Blinken trifft PIC-Führer in Fidschi (erster Besuch eines US-Außenministers seit 37 Jahren)

Sicherheitsabkommen zwischen China und den Salomonen

Chinas Außenminister Wang Yi stattet 8 PICs einen offiziellen Besuch ab

Australien, Neuseeland, Großbritannien, USA und Japan starten die Initiative „Partners in the BluePacific“

Das Pacific Islands Forum verkündet die „2050 Strategy for the Blue Pacific Continent“

Gipfeltreffen der pazifischen Inselstaaten in Washington

Nationale Strategie der USA für die Pazifikinseln

United States National Strategy for the Pacific Islands

2023: Verhandlungen, um die US-Abkommen mit Mikronesien, den Marshallinseln und Palau zu verlängern, stehen an

2023: US Präsident Joe Biden ist zum PIF Gipfeltreffen eingeladen

2026: Überhorizontradar-Station der USA in Palau voraussichtlich fertig

Quelle: Eigene Darstellung

Hier ist es wichtig, technische Hilfe und die enge Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften, etwa durch Gespräche am runden Tisch und gemeinsame Forschungsprojekte, besonders zu fördern. So können Hindernisse abgebaut und die Einbeziehung von Frauen und indigenem Wissen aus dem Pazifikraum erleichtert werden. Durch lokale Eigenverantwortung und die Einbindung verschiedener Interessengruppen wird die Nachhaltigkeit von Klimaschutzprojekten erhöht. Ein solcher Ansatz verbessert zugleich die Chancen für Innovationen, die auch in andere europäische Klimaschutzbemühungen einfließen können.

Insgesamt ist die EU bei der Unterstützung der Klimaanpassung nicht so effektiv, wie sie es gerne wäre. Ihre Strukturen sind so bürokratisch, dass sich der Zugang zu Finanzmitteln und die Durchführung von Projekten oft als schwierig erweisen.²²

MARITIME SICHERHEIT

Die Europäische Union hat sich in ihrer Indo-Pazifik-Strategie verpflichtet, zur Verbesserung der maritimen Sicherheit in der Region beizutragen. Dazu gehört die Stärkung von Kapazitäten zur Bekämpfung von Dro-

22 Pajon, A Green-Blue Alliance in Motion, S. 5.

gen- und Menschenhandel, von Wildtier-Schmuggel, dem Handel mit illegalen Waren und der Terrorismusfinanzierung. Die EU ist auch bestrebt, Mechanismen zum Informationsaustausch zu vereinheitlichen.²³ Aber auch wenn dieser Informationsaspekt von großer Bedeutung ist, mangelt es den PICs vor allem an technologischen Mitteln (Software), technischer Ausrüstung (Hardware) und geschultem Personal für Datenmanagement, Überwachung und Durchsetzung.

Mit Hilfen zum Aufbau dieser Kapazitäten würde die EU auch im Sinne ihres langfristigen Ziels handeln, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Die Kapazitäten, die zur Kontrolle der Nichtverbreitung und zur Durchsetzung von Sanktionen benötigt werden, sind weitgehend identisch mit denen, die für die Überwachung und Sicherung des Seeverkehrs benötigt werden. In beiden Fällen geht es um die Sammlung von Informationen, um Beobachtung und Einschreiten zur Beendigung krimineller Machenschaften. Wie wichtig diese Fähigkeiten im Alltag sind, zeigen die illegalen Aktivitäten Nordkoreas: Pjöngjang ist dafür bekannt, dass seine Schiffe unter falscher Flagge fahren und versuchen, unter dem Radar zu bleiben, um Waffenembargos und Sanktionen zu umgehen. Für seine Operationen unter falscher Flagge nutzt Nordkorea auch die unzureichenden Kapazitäten der PICs aus.²⁴

Im Rahmen ihrer Nichtverbreitungsstrategie führt die EU bereits alljährliche Gespräche über den Kapazitätsaufbau zur Kontrolle der Nichtverbreitung und der Durchsetzung von Sanktionen im indopazifischen Raum. Wenn sie in diese Bemühungen auch den Kapazitätsaufbau für die Sicherheit im Seeverkehr einbeziehen und ihren Dialog mit dem Pacific Islands Forum (PIF) ausbauen würde, wäre ihre Hilfe wirkungsvoller. Ein solcher Kapazitätsaufbau würde den Interessen Brüssels entsprechen und Schwachstellen bei der Überwachung im Blauen Pazifik beheben helfen. Zugleich würde die EU auf diese Weise auch dem Interesse einiger Inselstaaten an mehr Sicherheitszusammenarbeit gerecht. Der Sicherheitspakt der

Salomonen mit China, der Vereinbarungen über die Ausbildung lokaler Sicherheitskräfte enthält, ist ein Beispiel für den Sicherheitsbedarf der Inselstaaten.²⁵

FÖRDERUNG DER REGIONALEN ZUSAMMENARBEIT

Mit Blick auf die Bedrohung durch den Klimawandel und die politischen Herausforderungen streben die Nationen des Blauen Pazifiks eine engere regionale Zusammenarbeit an. Für die EU gehört zum selbstgewählten außenpolitischen Profil, die Stärkung solcher regionalen Organisationen zu unterstützen. Für beide Seiten ist der Ausbau der Beziehungen zwischen der EU und dem PIF der logische nächste Schritt.

Die EU hat traditionell sowohl multilateral²⁶ als auch bilateral mit den PICs zusammengearbeitet. Inzwischen entwickelt sich das PIF zur wichtigsten regionalen Organisation für Sicherheitsfragen und Themen, die alle Inselstaaten betreffen.²⁷ Als Dialogpartner arbeitet die EU bereits mit dem PIF zusammen und kann dessen Status als regionales Gremium nutzen, um an Treffen auf Minister- und Arbeitsebene teilzunehmen. Durch ein Partnerschaftsabkommen würden die Beziehungen zwischen beiden Großregionen institutionalisiert, was die Zusammenarbeit zwischen den Inselstaaten stärken und die EU-Aktivitäten der EU zum Aufbau von Kapazitäten im Blauen Pazifik erleichtern würde.²⁸

23 European External Action Service, EU Joint Communication, S 13-14. Das Pacific Fusion Center stellt einen solchen regionalen Mechanismus für den Informationsaustausch dar. Es wurde im Jahr 2021 eingerichtet und wird von der australischen Regierung finanziert.

24 United Nations Security Council, Report by the Panel of Experts established pursuant to resolution 1874 (2009), S/2022/132, 1. März 2022.

25 Siehe Solomon Islands Government, Solomon Islands-China Security Cooperation signed (20. April 2022): <https://solomons.gov.sb/solomon-islands-china-security-cooperation-signed>, zuletzt abgerufen am 25. Januar 2023.

26 Das Cotonou-Abkommen bildet den Rahmen für die Partnerschaft zwischen der EU und der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP). Das verlängerte Abkommen wird im Juni 2023 auslaufen; danach wird das Post-Cotonou-Abkommen in Kraft treten.

27 Anna Powles, Joanne Wallis, „An expanded, empowered Pacific Islands Forum could lock in Pacific security“, RNZ, 19. Juli 2022: <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/471230/an-expanded-empowered-pacific-islands-forum-could-lock-in-pacific-security>, zuletzt abgerufen am 25. Januar 2023.

28 Die EU hat den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) bereits in der Vergangenheit bei der wirtschaftlichen Integration und anderen Politikbereichen der regionalen Konsolidierung unterstützt; siehe: Giulia Tercovich, Assessing EU Leadership in Inter-Regional Relations. The Case of the Institutionalisation of ASEAN Disaster Management, New York 2022.

Countries and Territories in the Blue Pacific

Staat/Territorium	Status	Bevölkerung	Landgebiet (km2)	Ausschließliche Wirtschaftszone (km2)	Mitgliedschaft	Anerkennung Taiwan/China
TERRITORIEN DER VEREINIGTEN STAATEN						
Amerikanisch Samoa (AS)	Nicht inkorporiertes und nicht organisiertes Territorium	46.366	200	404.391	SPC, SPREP	
Guam (GU)	Nicht inkorporiertes und organisiertes Territorium	168.801	540	221.504	SPC, SPREP	
Northern Mariana Inseln (MP)	Commonwealth in politischer Union mit und unter der Souveränität der Vereinigten Staaten	56.608	464	749.268	SPC, SPREP	
FRANZÖSISCHE ÜBERSEEGBIETE						
Französisch Polynesien (PF)	Übersee-Land und -Körperschaft	299.356	4.167	4.767.240	SPC, PIF, SPREP	
Neukaledonien	Körperschaft eigener Art	273.015	18.576	1.422.540	SPC, PIF, SPREP	
Wallis und Futuna (WF)	Überseekörperschaft	11.441	142	258.269	SPC, SPREP	
NEUSEELÄNDISCHES TERRITORIUM						
Tokelau (TK)	Abhängiges Territorium	1.506	12	319.031	SPC, SPREP	
BRITISCHES ÜBERSEE-TERRITORIUM						
Pitcairn Inseln (PN)	Überseeterritorium	50	47	836.108	SPC	
SOVERÄNE STAATEN						
Cookinseln (CK)	Unabhängig, in freier Assoziation mit Neuseeland	17.459	237	1.830.000	SPC, PIF, SPREP	China
Fiji (FJ)	Unabhängig	926.276	18.276	1.282.980	SPC, UN, PIF, SPREP	China
Kiribati (KI)	Unabhängig	119.940	811	3.441.810	SPC, UN, SPREP	2019 zu China gewechselt
Marshallinseln (MH)	Unabhängig, in freier Assoziation mit den USA	54.590	181	1.990.530	SPC, UN, PIF, SPREP	Taiwan
Mikronesien (FM)	Unabhängig, in freier Assoziation mit den USA	104.468	701	2.996.420	SPC, UN, PIF, SPREP	China
Nauru (NR)	Unabhängig	11.690	21	308.480	SPC, UN, PIF, SPREP	Taiwan
Niue (NU)	Selbstverwaltet, in freier Assoziation mit Neuseeland	1.562	261	450.000	SPC, PIF, SPREP	China
Palau (PW)	Selbstverwaltet, in freier Assoziation mit den USA	17.930	444	603.978	SPC, UN, PIF, SPREP	Taiwan
Papua New Guinea (PG)	Unabhängig	8.934.475	462.840	2.402.290	SPC, UN, PIF, SPREP	China
Samoa (WS)	Unabhängig	198.646	2.934	127.950	SPC, UN, PIF, SPREP	China
Salomonen (SB)	Unabhängig	712.071	28.230	1.553.440	SPC, UN, PIF, SPREP	2019 zu China gewechselt
Tonga (TO)	Unabhängig	99.780	749	659.558	SPC, UN, PIF, SPREP	China
Tuvalu (TV)	Unabhängig	10.580	26	749.790	SPC, UN, PIF, SPREP	Taiwan
Vanuatu (VU)	Unabhängig	294.688	12.281	633.251	SPC, UN, PIF, SPREP	China

Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von CIA, The World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries>, zuletzt abgerufen am 30. Januar 2022; Pacific Islands Forum Secretariat, Forum Members, <https://www.forumsec.org/who-we-are-pacific-islands-forum>, zuletzt abgerufen am 30. Januar 2022

Legende für die Abkürzungen: SPC = Pacific Community, PIF = Pacific Islands Forum, SPREP = Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, UN = United Nations

DGAP

Advancing foreign policy. Since 1955.

Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel. +49 30 254231-0
info@dgap.org
www.dgap.org
@dgapev

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik. Dieser Text spiegelt die Meinung der Autorinnen und Autoren wider, nicht die der DGAP.

Die DGAP ist gefördert vom Auswärtigen Amt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

ISSN 2198-5936

Redaktion Bettina Vestring

Layout Lara Bühler

Design Konzept WeDo

Fotos Autorinnen © DGAP



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.